

Peter Ruben

## Vom Ende einer Hoffnung

Bericht über eine Versammlung und Überlegungen zu ihrem Thema<sup>1</sup>

Mit dem 31. Dezember 1996 ist das bekannte Wissenschaftler-Integrations-Programm (WIP) im Rahmen des Hochschul-Erneuerungs-Programms (HEP) ausgelaufen. Für noch 1380 durch das WIP geförderte Mitarbeiter der ehemaligen Akademie der Wissenschaften (AdW) der DDR hat dieses Datum die Frage avisiert, ob die von den Initiatoren des Programms vertraglich vereinbarte dauerhafte Integration in die Hochschulen eintreten wird oder nicht. Angesichts der selbst im Herbst letzten Jahres noch ungeklärten Lage hatten die Vorstände des WIP-Rats<sup>2</sup> und des Vereins Berliner Debatte e. V. zu einer wissenschaftspolitischen Tagung am 18. Oktober 1996 unter dem Thema "Scheitert das Wissenschaftler-Integrations-Programm?" eingeladen, zu der gute 250 Teilnehmer erschienen. Die Tagung hatte den Sinn, zur Lösung der ungeklärten Probleme der Erhaltung des WIP-Potentials beizutragen, die Öffentlichkeit zu informieren und die Einhaltung von Verträgen zu fordern, auf die die WIPianer gesetzt hatten. Wir veröffentlichen nachfolgend die auf dieser Tagung gehaltenen Vorträge, um der von uns für uns gesetzten Pflicht nachzukommen, zur Situation der Wissenschaft in Ostdeutschland beständig Informationen zu bieten.

Das WIP wurde zunächst nach Auflösung der AdW der DDR am 31. Dezember 1991 von der KAI e.V. für 2 Jahre (1992 und 1993) getragen, um sodann 1994 bis einschließlich 1996 an den Hochschulen in seine eigentliche Bewährungsprobe einzutreten. Im wesentlichen ist

---

<sup>1</sup> Erstveröffentlichung in: Berliner Debatte INITIAL 8(1997)1/2, S. 171-18 (Anmerkung der Herausgeber)

<sup>2</sup> Der WIP-Rat bildete sich im Zusammenhang mit der Auflösung der KAI e. V. (*Koordinierungs- und Aufbau-Initiative* für die Forschung in den Ländern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) auf Grund der Initiative ihres Personalrats und besteht aus etwa 30 Personen. Sein gewählter Vorstand umfaßt sechs Mitglieder: Dr. B. Hartmann (Philosoph), Dr. Sigrid Looß (Historikerin), Dr. Jutta Petersdorf (Historikerin), Christel Redzus (Chemikerin), Dr. Gottfried Seifert (Mathematiker), Dr. Klaus Wunderlich (Biologe). Der WIP-Rat ist erreichbar über die GEW Berlin, Abt. Wissenschaft, Ahornstr. 5, 10787 Berlin.

die WIP-Förderung an den ostdeutschen Hochschulen realisiert worden; nur 11 Wissenschaftler und 2 wissenschaftlich-technische Mitarbeiter waren 1996 noch an Hochschulen der alten Bundesländer beschäftigt. Die Anzahl der WIP-Geförderten nahm von Jahr zu Jahr ab (Ausscheiden aus Altersgründen, wegen frühzeitiger gelungener Integration, auch wegen Bescheiden aus der Gauck-Behörde). Aber die "biologische Lösung", eben das Ausscheiden aus Altersgründen, konnte selbstverständlich nicht bis zum Ende des Jahres 1996 erwartet werden. Die Hochschulen waren durchaus bereit, die Mitarbeiter der aufgelösten ADW der DDR aufzunehmen, hatten sie doch wegen des WIP durch sie keine finanziellen Beschwerden. Zusagen für die Übernahme in den Stellenplan gaben sie allerdings in der Regel nicht, da sie selbst unter dem Druck der Reduktion ihrer Kosten standen. Wie die personelle Entwicklung des WIP nach dem Ende der KAI e.V. aussah, gibt die Tabelle 1 an:

*Tabelle 1: WIP-Geförderte*

	1994			1995			1996		
	W	M		W	M		W	M	
Berlin	436	106	542	408	99	507	377	86	465
Brandenburg	213	81	294	207	79	286	194	71	265
Sachsen	210	76	286	208	76	284	203	75	278
Thüringen	91	80	171	84	80	164	83	77	160
Sachsen-Anhalt	58	76	134	57	76	133	55	76	131
Mecklenburg-Vorpommern	51	33	84	50	33	83	50	33	83
	1059	452	1511	1014	443	1457	962	418	1382

W meint Wissenschaftler; M meint wissenschaftlich-technische Mitarbeiter; die an Hochschulen der alten Bundesländer beschäftigten WIPianer (11 Wissenschaftler und 2 wissenschaftlich-technische Mitarbeiter) sind in die Darstellung einbezogen.

Wie man sieht, hat die Anzahl der WIP-Geförderten in den drei Jahren von 1994 bis 1996 um 129 Personen abgenommen, d. h., um rd. 8,5%. Die Gründe dafür sind oben angegeben worden. Eine weitere Abnahme wäre auch künftig zu erwarten, würde das WIP fortgesetzt. Die nötige Finanzierung hätte also klar eine degressive Tendenz.

Insgesamt wurden für das WIP 600 Mill. DM aufgewandt, der Löwenanteil von 500 Mill. durch den Bund. Nach Aussagen des ehemaligen Wissenschaftssenators von Berlin, Prof.

Manfred Erhardt, kostete das WIP allein 1996 die Summe von 128 Mill. DM.<sup>3</sup> Wie nun nach 1996 die Kosten für die Unterhaltung des verbliebenen WIP-Potentials aufzubringen wären, bildete den eigentlichen Dreh- und Angelpunkt der Debatte über die Perspektive der WIPianer mindestens in den letzten beiden Jahren. In ihrer Entschließung vom 20. Februar 1995 erklärte die Hochschul-Rektoren-Konferenz: "Die Hochschulen sind... nicht in der Lage, die derzeit im Rahmen des WIP finanzierten Wissenschaftler auf Stellen zu übernehmen. ... Bei einem ersatzlosen Wegfall des WIP drohen qualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für die Wissenschaft verloren zu gehen, obwohl die Hochschulen und Forschungseinrichtungen sie im Zuge des begonnenen Generationswechsels dringend benötigen. Daher sollten die östlichen Bundesländer sich auf der Grundlage einer degressiven Finanzierungsbeitragung des Bundes verpflichten, die im WIP finanzierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf zusätzliche Stellen zu übernehmen. Soweit eine vollständige Integration zu Verzerrungen in der fachlichen Struktur einzelner Hochschulen führen würde, sollten zur Sicherung des wissenschaftlichen Potentials ggf. k.w.-Stellen eingerichtet werden." Damit war das mögliche Scheitern des WIP klar avisiert.

Aber noch im Dezember 1995 erklärte Senator Erhardt. "Nach meinem Eindruck ist nicht das WIP gescheitert, sondern... die Erwartung, die Hochschulen und die anderen aufnehmenden Forschungseinrichtungen könnten bei stagnierenden oder gar rückläufigen Haushalten und zu reduzierendem Stellenvolumen WIPianer stellenmäßig integrieren."<sup>4</sup> Er vertrat die Meinung: "...daß wir die Verlängerung des WIP über den Zeitraum 31.12.1996 hinaus brauchen". Sie fand selbstverständlich den Beifall der WIPianer und induzierte ein Jahr vor Toreschluß ihre Erwartung, daß die Regierenden in Bund und Ländern zu ihren Worten stehen werden. Das um so mehr, als der Senator versprach: "...ich werde... in die Koalitionsverhandlungen [nach den Berliner Wahlen von 1995, P. R.], die ich ja mitführen werde, einbringen, daß notfalls... das WIP wenigstens in reduzierter, aber nur mäßig reduzierter, Form als Landesprogramm fortgesetzt wird, einfach deshalb,..., weil a) alle WIPianer eben mehrmals evaluiert worden sind, b) sie gute Arbeit leisten, wie wir auch von den Universitätspräsidenten, den Dekanen und den Institutsleitern in den Integrationsadressen hören können." Doch nach den Koalitionsverhandlungen hieß der Wissenschaftssenator in Berlin nicht mehr Erhardt,

---

<sup>3</sup> Mitteilung in einem Diskussionsbeitrag auf der Tagung der GEW und des WIP-Rates am 5. Dezember 1995 im Auditorium Maximum der Humboldt-Universität zu Berlin zum Thema „WIP – Leistungen und Perspektiven“. Die Äußerungen Erhardts liegen in einer Textaufnahme nach dem Mitschnitt auf der Tagung im WIP-Rat vor. Man bedenke zum Vergleich in diesem Zusammenhang z. B. die Kosten des gegenwärtigen medizinischen Experiments Reinhold Ewalds in der EURO-MIR-Mission, die mit 63 Mill. DM angegeben werden. Nach dem schon zitierten Mitschnitt im Eingangsreferat zur Tagung vom 5.12.95.

<sup>4</sup> Nach dem schon zitierten Mitschnitt im Eingangsreferat zur Tagung vom 5.12.95.

sondern Radunski, und dieser hatte die Wissenschaft nun neben der Kultur zu verwalten. Das bedeutete eine klare Wende für die Perspektive der WIPianer - nämlich kein "mäßig reduziertes" Landesprogramm, sondern erneute Bewerbung um Teilnahme an einem Programm "Innovative Forschung neue Länder" im Rahmen des Hochschulsonderprogramms (HSP) III.

Die Bedingungen für die Bewerbung um Teilhabe am Programm "Innovative Forschung" wurden z. B. im Lande Brandenburg vom Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Steffen Reiche, mit Unterschrift vom 10. Oktober 1996 über die Universitäten den WIPianern 2 Monate vor Abschluß des WIP zur Kenntnis gebracht – mit der forschenden Bedingung, bis zum 15. November 1996 ihre Bewerbungen einreichen zu müssen. So hatten die Brandenburger WIPianer maximal 3 Wochen zur Verfügung, sich in ein gleiches Unternehmen zu stürzen, das sie zum Einstieg ins WIP schon einmal absolviert hatten – allerdings mit neuen Zusatzbedingungen. Der Kern dieser Bedingungen lautete: Drittmittelinwerbung und "juristische Personen, die ihren Sitz im Land Brandenburg haben", als Zuwendungsberechtigte. Wohl gemerkt: Nicht die WIPianer waren zuwendungsberechtigt, sondern die Einrichtungen, die sie einzustellen gedachten. Damit wurden die WIPianer auf den Wissenschaftsmarkt verwiesen und auf Institutionen *außerhalb der Universitäten*, die bereit wären, Eigenmittel aufzubringen, um WIPianer-Projekte im Regelfall zu einem Drittel der Kosten durch das Land Brandenburg gefördert zu bekommen. So war aus dem Programm der *Integration* die wirkliche *Desintegration* in Erscheinung getreten.

Zur Ehre des Senators a. D. Erhardt ist zu diesem Faktum ein Satz aus seinen schon mehrfach zitierten Äußerungen auf der Berliner Tagung "WIP-Leistungen und Perspektiven" zu notieren: "Das Programm zur 'Förderung innovativer Forschergruppen' wird den größten Teil, der hier sitzt, enttäuschen." Denn "dieses Programm... ersetzt nach seiner Struktur und vor allem auch nach seinem Volumen, 100 Mill., nicht eine Verlängerung des WIP-Programms, zumal auch noch nach dem Modus Fraunhofergesellschaft der überwiegende Teil als Drittmittel von außen einzuwerben ist."<sup>5</sup>

Andere freilich meinen, daß gelungene Drittmittelinwerbung Ausweis wissenschaftlicher Qualität sei, weswegen diejenigen, denen die Einwerbung mißlingt, mit Recht durch den Rost fallen. Ich zitiere S. Hilsberg (MdB) aus der Sendung des Deutschlandfunks "WIP -grandios gescheitert" vom 5. Januar 1997: "Wir hätten hier andere Verhältnisse schaffen müssen, nämlich solche der Sockelfinanzierung und – wie allgemein üblich in der bundesdeutschen For-

---

<sup>5</sup> Das Volumen ist inzwischen auf Grund der Initiative der sächsischen CDU-Landtagsfraktion verdoppelt worden; selbst das Land Berlin hat in letzter Minute seinen zusätzlichen Beitrag zugesagt. Über die sächsische Initiative zum Zeitpunkt der Tagung vom 18. Oktober 1996 vgl. den Beitrag von Wolfgang Hansen und Ulrich Klemm.

schungslandschaft – der Notwendigkeit, Drittmittel einzufordern, Drittmittel selber einzuwerben. Und dann gibt es einen Ausleseprozeß. Derjenige, der nicht in der Lage ist, Drittmittel einzuwerben, weil er entweder keine Forschungen macht, die andere interessieren, oder aber weil er nicht in der Lage ist, die entsprechenden Kontakte zu knüpfen, fällt auf Dauer unter Rost. Man kann dann noch zwei, drei Jahre dort ein bißchen helfen. Aber auf diese Strukturen hätte es kommen müssen – von Anfang an. Faktisch war aber das WIP-Programm anders angelegt. Es war wie eine Geldausschüttung, die nicht gebunden ist an einzelne Forschungsprojekte, im Grunde genommen die Fortsetzung der alten Akademie der Wissenschaften unter anderen strukturellen Rahmenbedingungen. Und das war das Falsche." Als hätte der Wissenschaftsrat den Eintritt in die WIP-Förderung nicht an Forschungsprojekte, beurteilt durch DFG-Gutachter, gebunden! Als sei Produktion überhaupt ein ebenso lustiges wie unnützes Vergnügen, das nicht Kosten verursacht, sondern sich glücklicher Geldausschüttung aus an sich bestehenden Quellen erfreut, wie weiland Danae Zeus als Goldregen empfing, um mit Perseus niederzukommen. Würde S. Hilsberg die Existenz der Institute der Max-Planck-Gesellschaft von ihrer Drittmittelwerbung abhängig machen? Will er empfehlen, den Beamtenstatus der berufenen Hochschullehrer solange zu suspendieren, bis sie durch eingeworbene Drittmittel bewiesen haben, zur Kontaktknüpfung fähig zu sein? Möchte er seine Partei als Zuwendungsträger rekonstruieren, der Eigenmittel zur Erforschung der Tauglichkeit des Projekts Eurofighter 2000 aufbringt, um dann mit guten Gründen Gelder von Leuten zu kassieren, die nichts lieber als einen reformierten Jäger 90 haben möchten?

Es ist schon nötig zu sagen: Wenn die Wissenschaft durch *Drittmittel* (die logischerweise *Erst-* und *Zweitmittel* voraussetzen, welche im Falle des WIP aber nicht mehr gewollt sind) in Existenz versetzt werden soll, so wird sie auf den Markt verwiesen, sollen Wissenschaftler mithin Unternehmer in privatwirtschaftlicher Aktion sein. Es ist sehr gut bekannt, daß die Metamorphose eines Wissenschaftlers zum Unternehmer bei gegebener Fähigkeit zu ökonomischen Einsichten und wirtschaftlich realisierbaren Produkten in nicht wenigen Fällen gelingt. Man weiß auch davon, daß Professorengehälter und Unternehmergewinne sich in manchen Fällen zu persönlichen Gesamteinkommen addieren, die beachtlich sind, aber so entstehen, daß das steuerfinanzierte Gehalt via staatlich unterhaltener Institution die notwendige Bedingung für das zusätzliche Gewinneinkommen ist. Der umgekehrte Weg ist weitgehend unbekannt. Und man braucht nur ein wenig Kenntnis der Wissenschafts- und Entdecker- wie Erfindergeschichte, um zu bemerken, daß die Proklamation der Drittmittelinwerbung als Kriterium des Urteilens über wissenschaftliche Projekte eine wahre Strangulation der Wissenschaftsentwicklung ist. Wissenschaft ist immer und zu jeder Zeit durch Gemeinwesen finan-

ziert worden – wie die Infrastruktur, das Rechts- und Militärwesen, die Polizei und das Bildungswesen etc. etc.. Wieso in aller Welt soll das bei den WIPianern anders sein?

Es ist hier eine Wissenschaftsvorstellung im Schwange, die ad hoc einer Argumentation dient, welche die einfache Feststellung, daß kein Geld zur Verfügung steht – jedenfalls nicht für das WIP –, kaschieren und beschönigen soll. Diese Vorstellung artikuliert sich auch so, daß Ausgaben für die Wissenschaft, also für die Wissenschaftler einschließlich, unter dem Titel *konsumtive Ausgaben* öffentlich präsentiert werden. Und jeder weiß natürlich, daß man die Zukunft nur mit *investiven* Ausgaben sichern kann. Also kommt es darauf an, die Konsumtion zugunsten der Investition einzuschränken, zu sparen. Und wo nicht zu harter Widerstand auftritt, wird der Sparwille bare Realität, z. B. bei der Integration von Wissenschaftlern aus der AdW der DDR. Wie U. Schlicht im *Tagesspiegel* vom 17. 10. 1996 berichtet, hat auch Jens Reich auf dem SPD-Forum, das kürzlich zur Forschung stattfand, gesagt: Inzwischen werde Wissenschaft im Westen von vielen Politikern, besonders den Finanzministern, als Konsumartikel angesehen und nicht mehr als Investition in die Zukunft. Und im gleichen Blatt klärt uns der Wissenschaftsjournalist auf: "... konsumtive Ausgaben sind im wesentlichen die Personalkosten ... Investitionen" werden "für Bauten und Geräte aufgewandt."<sup>6</sup> So nach sind es die *Personen*, die konsumieren, während die *Sachen*, die Produktionsmittel, ihre Existenz dem Investieren danken. Das ist eine ökonomisch wirksame Kategorialentscheidung des Alltagsbewußtseins von unsäglicher Ignoranz, mit der das Investieren von der Bildung des sog. "Humankapitals", d. h. der qualifizierten Arbeitskraft, vollständig getrennt vorgestellt wird. Investitionen sind Aufwendungen für die Erhaltung und Entwicklung der Produktionsbedingungen, zu denen selbstverständlich die subjektiven gehören, d. h. die Produktionsfähigkeiten der Menschen, die mit erzeugten Sachen, Produktionsmitteln, Güter herstellen, von denen ein Teil selbstverständlich auch der Konsumtion dient. Wie denn anders sollen Produktionsmittel in Bewegung gesetzt werden als durch Menschen, die die Qualifikation besitzen, sie produktiv zu nutzen? Insbesondere die Wissenschaft gehört zu den Investitionsbereichen par excellence. Die sie betreibenden Individuen unter die Konsumenten einzureihen, ist zwar ein bequemes Verfahren, reflektiert aber auch eine verfehlte Wissenschaftsvorstellung, um die es im Zusammenhang mit dem Ende des WIP geht und die wenigsten deutlich gekennzeichnet werden soll. WIP-Finanzierung: Konsumtiv oder investiv? Das ist die Gretchenfrage, die gestellt werden muß.

---

<sup>6</sup> U. Schlicht: Stunde der Wahrheit. Hauptausschuß erörtert Hochschulhaushalt. In: Der Tagesspiegel (Berlin), 8.2.1997, S.22

Die Antwort kann gar nicht anders lauten als: Die Wissenschaft ist eine nationale Investitionsaufgabe erster Ordnung. Schon der junge Engels erkannte 1844: "...für einen vernünftigen Zustand, der über die Teilung der Interessen hinaus ist,..., gehört das geistige Element allerdings mit zu den Elementen der Produktion und wird auch in der Ökonomie seine Stelle unter den Produktionskosten finden. Und da ist es allerdings befriedigend, zu wissen, daß eine einzige Frucht der Wissenschaft, wie James Watts Dampfmaschine, in den ersten fünfzig Jahren ihrer Existenz der Welt mehr eingetragen hat, als die Welt von Anfang an für die Pflege der Wissenschaft ausgegeben."<sup>7</sup> Dies ist nun auch die Einsicht der neueren ökonomischen Wachstumstheorie, die seit Ende der 80er Jahre insbesondere in den USA entwickelt worden ist. In ihr ist klar, daß die Ausbildung der Wissenschaft, Forschung und Entwicklung selbstverständlich eingeschlossen, die eigentliche Determinante für die Steigerung der Produktivität einer Volkswirtschaft darstellt. Dies wird natürlich nur dann wirklich wahrgenommen, wenn man sich vom Einfluß der Wahlperioden und anderer kurzfristiger Determinanten der eigenen Entscheidung freimacht und die langfristigen Perspektiven zugrunde legt, sowohl in der Planung als auch in der Beurteilung. Dies wird wahrgenommen, wenn man die Finanzpolitik nicht als ein reines Verteilungsproblem angesichts vorgegebener Ressourcen und mehr oder weniger kräftig artikulierter Zuwendungsinteressen traktiert, sondern als eine Problem der Konzeption einer sinnvollen ökonomischen Entwicklungsstrategie.

Wie aber wird die nationale Investitionsaufgabe Wissenschaft wahrgenommen? 1975 noch betrug der Anteil für Bildung und Wissenschaft, Forschung und Entwicklung in der Bundesrepublik 5,2 % des Bruttoinlandsprodukts. 1989 dagegen (die Zahlen differieren, ich will nur die Tendenz aufzeigen) 2,9%, 1995 ganze 2,3 %. Das besagt, daß die Bundesrepublik den letzten Platz unter den OECD-Staaten einnimmt. 1982 sind 4,7 % des Bundeshaushalts für Wissenschaft und Bildung eingesetzt worden, 1997 sind 3,4 % vorgesehen, nach den bisherigen Plänen im Jahre 2000 noch 2,3 %. Hier ist wohl sehr deutlich, daß eine Tendenz des Rückzuges des Staates oder Gemeinwesens aus der Finanzierung der Wissenschaft vorliegt. Daß dies in einem Lande wie Deutschland passiert, dessen physische, materielle Existenz ja eben davon abhängt, daß, wie man so schön sagt, das "Humankapital", d. h. die qualifizierte Arbeitskraft, wirklich gebildet, entwickelt und als Investitionsschubbedingung eingesetzt wird, läßt auf die Verfassung des Gemeinns in diesem Lande schließen, d. h. auf sein schlichtes Fehlen. Wie können wir denn unsere internationale Existenz, den "Standort

---

<sup>7</sup> F. Engels: Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie. In: Deutsch-Französische Jahrbücher, hrsg. v. A. Ruge u. K. Marx. Paris 1844. Hier zitiert nach der Neuausgabe, Leipzig: Philipp Reclam jun. 1973, S. 193

Deutschland" sichern, wenn wir einen derartig degressiven Trend im Wissenschaftsaufwand, und das heißt im Investitionsaufwand, nicht aufhalten wollen?<sup>8</sup>

Angesichts auch des Endes des WIP, das obendrein zum selben Zeitpunkt durch das Ende sehr vieler anderer befristeter Arbeitsverträge mit Wissenschaftlern aus der verendeten DDR komplettiert wird (z. B. an den Großforschungseinrichtungen, insgesamt handelt es sich um mindestens 6000 Personen), muß den Entscheidungsträgern gesagt werden: Überlegt, unter welchen Voraussetzungen künftig in Deutschland Wissenschaftspolitik erfolgen soll. Sind wir uns noch einig darüber, daß die Finanzierung der Wissenschaft die Unterhaltung unseres Investitionsvermögens ist, oder handelt es sich darum, daß eine besondere Klientel, die sich "Wissenschaftler" nennt, nichts weiter als ihren Lebensunterhalt bestreiten will und daher in Dauerstellen für soundsoviele Millionen gehalten zu werden wünscht? Hat Wissenschaft neue Nachfragemöglichkeiten zu eröffnen, oder ist die Nachfrage nach Wissenschaft gesättigt?

Edelgard Buhlman von der SPD-Fraktion im Bundestag hat anlässlich der Haushaltsdebatte mit Recht erklärt: "Es ist eine verhängnisvolle Fehleinschätzung der Bundesregierung, sich im Glauben, die Wirtschaft wird schon einspringen, aus der Forschungsförderung zurückzuziehen. Wo die staatlichen Gelder versiegen, zieht sich auch die Wirtschaft zurück. Ein Bericht des Weißen Hauses vom November 1995 findet in einer Analyse über die letzten 30 Jahre keinen einzigen Anhaltspunkt dafür, daß die Industrie mehr für F und E ausgibt, wenn sich der Staat zurückhält. Im Gegenteil, ein Rückgang der öffentlichen Fördermittel geht vielmehr regelmäßig mit einem Rückgang der privaten F und E-Aufwendungen einher." Das ist der systematische Zusammenhang, der deutlich zu machen ist. Es geht darum, die nationale oder staatliche Verantwortung für die Wissenschaft als das Investitionsmittel des Volkes sicherzustellen. Auch wenn das WIP zu Ende geht, sollte wenigstens im öffentlichen Bewußtsein gehalten werden, daß das in der Tat die zugrunde liegende Fragestellung ist.

Mit der ihm eigenen Ironie hat Prof. Dieter Simon, Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und ehemals Vorsitzender des Wissenschaftsrats, der die WIP-Idee konzipierte, im Tagesspiegel vom 27. November 1996 (S. 8) festgestellt: Die Antwort auf die Frage nach den Verantwortungen für das Scheitern des WIP führe zu nichts. Sie könne "das Unglück der Betroffenen nicht mildern. Denn um ein Desaster handelt es sich in der Tat: In erster Linie, weil eine nicht gerade kleine Gruppe durchweg

---

<sup>8</sup> Die bundesdeutsche Wissenschaftspolitik als Hintergrund des WIP-Schicksals wird nachfolgend in Hansgünter Meyers Analyse auf einem Niveau von hohen Graden untersucht. In seinem Vortrag auf der Tagung vom 18.10.96 konnte er selbstverständlich nur Teile seiner Erkenntnisse mitteilen. Und wir sind ihm sehr dankbar, daß wir hier seine Studie vollständig präsentieren dürfen, wenngleich sie ein wenig den Umfang eines normalen Zeitschriftenaufsatzes übertrifft. Wir nehmen zuversichtlich an, daß unsere Leser dies akzeptieren werden. Vgl.: Berliner Debatte INITIAL 8(1997)1/2, S. 195-213

hochmotivierter und tüchtiger, arbeitsfähiger und arbeitswilliger Menschen vermutlich auf Dauer aus ihrer Arbeit geworfen wird. Daß deswegen der Bereich, den Wirtschaft und Politik unermüdlich als einen unserer wichtigsten bezeichnen, zusammenbrechen wird, ist unwahrscheinlich. Sicher handelt es sich durchweg um solide Forschung, und dieses oder jenes mag auch exzellent sein. Aber auch vom Exzellentesten ist vieles nicht lebenswichtig, wenn man 'Leben' so definiert, wie es sich zur Zeit einspielt. Anders als die Betroffenen verständlicherweise glauben mögen, wird ihr und ihrer 'wichtigen' Wissenschaft Verschwinden kaum bemerkt werden. Denn aufs Ganze gesehen ist es doch nur wenig, auf das die Gesellschaft verzichten muß. Es handelt sich eben nur um einen ganz kleinen unter den vielen Schritten, mit denen sich Deutschland heute um einen Stehplatz unter den wissenschaftlichen Entwicklungsländern Europas und der Welt bemüht." Wollen wir diesen "Stehplatz unter den wissenschaftlichen Entwicklungsländern" wirklich?

Noch 1995 erklärte Senator Erhardt für das Land Berlin: Wir werden auch "als einziges Bundesland weiterhin darauf bestehen, daß das Wissenschaftler-Integrations-Programm, wie es vom Wissenschaftsrat empfohlen worden ist, auch über den 31.12.1996 hinaus fortgesetzt wird. Das ist deshalb erforderlich, weil auch wir als Politiker zu dieser unbefriedigenden Situation beigetragen haben. Wir können nicht erfolgreich sein, wenn wir gleichzeitig an den Universitäten Stellen und Sachmittel streichen. Das bedeutet, daß jedenfalls Berlin weiterhin auf die Fortsetzung des Programms bestehen muß. Darüber ist sich nicht nur der Wissenschaftssenator schlüssig, sondern auch der Senat. Wir haben eine entsprechende Beschlußfassung des Abgeordnetenhauses gegenüber der BLK, dem Bund und den anderen Bundesländern, daß man weiterhin darauf bestehen muß."<sup>9</sup> Und in der Debatte zu seiner Erklärung beschrieb er nochmals die Ausgangslage in der Konzeption des WIP: "Kein Mensch ist davon ausgegangen, daß das WIP und seine Personen zwischendurch abstürzen sollen. Wir alle hatten die Vorstellung (ich war, bevor ich Senator wurde, damals auch anfänglich in der entsprechenden Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrates dabei), die zeitliche Befristung rechtfertigt sich daraus, daß Sie hinterher in die Integrationsadressen aufgenommen werden können. Niemand hat gesagt, die Zeit der Befristung diene dazu, damit die Integration dann nach fünf Jahren, sozusagen, ausbleibt. Das hatten wir uns nie so vorgestellt. Darum sage ich noch einmal, und das schreibe ich auf meine eigene Brust: wir sind doch selber Schuld, nachdem wir nicht mehr genügend Geld haben, daß wir die Universitäten und die Fachhochschulen nicht auch in die Lage versetzen können, eine so große Zahl von WIPianern, in Berlin haben wir

---

<sup>9</sup> Auf der Tagung „WIP – Leistungen und Perspektiven“ am 5.12.95 erklärt.

446, aufnehmen zu können. Und deshalb meine ich, muß Bund, müssen die Länder dafür stehen, die Wissenschaftler weiter zu finanzieren." Und mit Blick auf die damaligen Berliner Koalitionsverhandlungen erklärte der Senator den versammelten WIPianern: "Ein Letztes: Ich habe in meinen Forderungen im Rahmen der Koalitionsverhandlungen enthalten und möchte darauf bestehen: falls der Bund versagt, daß dann Berlin für seine eigenen aufgenommenen Wissenschaftler (nicht für die 60, die aus Brandenburg auch auf dem Boden Berlins forschen) im Haushalt 1997 die entsprechenden Mittel aufbringt. Da ich mich auf einen entsprechenden, von mir initiierten Beschluß des Parlaments berufen kann, meine ich, daß ich hier nichts Unsinniges fordere."

Der Nachfolger Erhardts, Senator Radunski, hat diese Amtsmeinung geändert. Und für alle Verantwortungsträger ist seit 1996 – gewiß angesichts der den öffentlichen Haushalten verordneten Sparzwänge – klar, daß das WIP in keiner Form weitergeführt wird. Diese Lage hat auch zu einer eindrucksvollen Änderung im veröffentlichten Bewußtsein geführt. In seinem schon zitierten Artikel im *Tagesspiegel* findet D. Simon: "Das WIP war ein Privileg für Privilegierte. Ein Privileg, weil es nur und ausschließlich für Akademie-Wissenschaftler... entwickelt wurde. Für Privilegierte, weil den Angehörigen" der DDR-Akademien "ohnehin in der Regel das besondere fachliche und ökonomische Wohlwollen der Herrschenden galt." Ist es für einen Forscher ein Privileg, an einer Forschungsakademie in einem Lande zu arbeiten, das eine zentralistische Forschungsorganisation errichtet? Und von welchem "Wohlwollen der Herrschenden" kann für diejenigen Akademie-Mitarbeiter die Rede sein, die keine internationalen Kontakte haben durften, zu keinen Lehrveranstaltungen zugelassen waren und einen Arbeitslohn erhielten, der sich vom DDR-Durchschnittslohn durch nichts unterschied? Die an den DDR-Akademien wirklich Privilegierten, deren Existenz gar nicht zu leugnen ist, sind samt und sonders nicht im WIP finanziert worden. Das hat bereits sein Auswahlmodus im allgemeinen ausgeschlossen, sofern nicht zuvor die von der De Maizièrè-Regierung unterbrochene eigenständige Akademie-Reform bereits die Privilegien ganz ohne äußere Einwirkungen gebrochen hatte. Wozu also das WIP "ein Privileg für Privilegierte" nennen, da es doch nichts anderes als eine Form der Unterhaltung von Wissenschaftspotential ist, das durch die deutsche Einheit inkorporiert worden ist? Ist der Eindruck irreführend, in dieser Beschreibung eine Legitimation des Kurswechsels in Sachen WIP wahrzunehmen?

Caroline Möhring braucht solche Legitimation erst gar nicht, sondern meint in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* schnurstracks: Den Begriff der "WIPianer... zu lernen lohnt sich freilich kaum mehr. Geht die Zeit der WIPianer doch mit diesem Jahr zu Ende, unwiderruflich

wie das WIP..."<sup>10</sup> Das ist nun gewiß eine schlichte Tatsachenfeststellung, die zu realisieren, sich die am 18. Oktober 96 versammelten WIPianer weigerten. Sie standen zu dieser Zeit noch unter dem Eindruck der sächsischen Initiative, von der W. Hansen und U. Klemm berichten.<sup>11</sup> Und über den Fortgang dieser Initiative kann hier berichtet werden, daß sie kurz vor Toresschluß von allen betroffenen Ländern, zuletzt von Berlin, wie vom Bund akzeptiert worden ist. Somit stehen nun doppelt soviel Mittel zur Verfügung wie zunächst für das Programm "Innovative Forschung" vorgesehen. Welches Resultat die Verhandlungen, die im Januar 1997 fortgesetzt worden sind, schließlich erbringen werden, konnte die Versammlung vom Oktober 1996 natürlich nicht wissen. Es ist ganz instruktiv zu sehen, was sich nach ihrem Zusammentreten abgespielt hat. (Tabelle 2)

*Tabelle 2: Weitere Förderung der WIPianer, Personen*

	1996	1997, Stand v. 18. Okt. 96		1997, Stand v. 28. Dez. 96	
	Geförderte	Geförderte	Nichtgeförderte	Geförderte	Nichtgeförderte
Berlin	465	8	457	120	326
Brandenburg	265	29	236	150	61
Sachsen	278	36	242	224	54
Thüringen	160	96	64	alle	
Sachsen-Anhalt	131	8	123	größter Teil	?
Mecklenburg-Vorpommern	83	10	73	größter Teil	?

Der angegebene Stand vom 18. Oktober 1996 zeigt die Lage, wie sie sich für die Versammlung, deren Thema hier zu Debatte steht, dargestellt hatte. Die Lage vom 28. Dezember 1996 zeigt, so darf man wohl sagen, das Resultat der sächsischen Initiative, zu dem natürlich die Aktivitäten der Versammlungsorganisatoren beigetragen haben.

Mitte Januar 1997 zeigte sich, daß die Wissenschaftsverwaltungen der Länder verschiedene Wege gehen:

*Berlin:* Von 542 ursprünglich im WIP geförderten Akademie-Mitarbeitern sind 66 im Sinne dieses Programms integriert, d. h.: 12,2%; in diesem Land ist mithin das WIP zu 87,8% gescheitert. Berlin meldet 476 Förderanträge zum Programm "Innovative Forschung", eine Art WIP-Fortsetzung. 120 WIPianer haben Beamtenzeitverträge für 4 Jahre erhalten; technische Mitarbeiter wurden nicht übernommen. Im Augenblick kann man feststellen: Etwa 150

<sup>10</sup> Vgl. ihren Artikel „Die Zeit der WIPianer geht unwiderruflich zu Ende“ in der FAZ vom 28.12.96.

<sup>11</sup> Vgl. ihren Beitrag „Das WIP-eine sächsische Landeslösung in Sicht?“ in unserem Heft (vgl. Berliner Debatte INITIAL 8(1997)1/2, S.192-194).

WIPianer werden weiter finanziert, rd. 300 werden arbeitslos. Nach dem HSP III werden in Berlin an der TU: 24, an der HU: 24, an der FU: 15 weiter gefördert, im Rahmen der außer-universitären Forschung (also nicht im Sinne des WIP): 57. Das sind zusammen 120 Wissenschaftler. Nach einem weiteren Programm kommen 50 - 60 weitere WIPianer hinzu, davon z. B. an der TU Berlin 6, so daß an dieser Universität 1997 insgesamt 30 Personen weiter gefördert werden.

*Brandenburg:* Wie der Wissenschaftsminister angibt, sind von 282 WIPianern 66 integriert, d. h. 23,4%. In diesem Lande ist also das WIP zu 76,6% gescheitert. Die Universität Potsdam allein verzeichnet 140 Nichtintegrierte. Zwischen Weihnachten und Neujahr haben in Brandenburg 73 von 216 WIPianern einen Bescheid zur Förderung nach HSP III erhalten – mit einer Laufzeit von 2 Jahren, in vielen Fällen nur von einem Jahr.

*Sachsen:* Hier gibt der zuständige Wissenschaftsminister an: Von ursprünglich 274 Förderfällen sind 1996 genau 42 integriert, d. h. 15,3%. So besagt die sächsische Bilanz: Das WIP ist zu 84,7% gescheitert. Die TU Dresden hat 5 von 70 integriert, die TU Chemnitz 2 von 39. Mitte Januar 1997 sieht die sächsische vorläufige Endlage wie folgt aus: Alle WIPianer werden zunächst ein halbes Jahr weiter beschäftigt, um Zeit für weitere Klärung zu gewinnen.

*Thüringen:* Hier wird gemeldet, daß alle WIPianer bis auf jene, die sozial verträglich ausscheiden, weiter arbeiten können. *Sachsen-Anhalt* hat vornehmlich Agrarforscher zu unterhalten. Wie die aktuelle Lage aussieht, ist unbekannt.

*Mecklenburg-Vorpommern* plant für Mediziner Institutsgründungen. Die aktuelle Lage ist unbekannt.

Mit Datum vom 9. Februar – kurz vor Redaktionsschluß – kann schließlich nach dem mühsam erworbenen Kenntnisstand des WIP-Rats folgende Lage festgestellt werden:

Tabelle 3: WIPianer 1997, Personen

Land	Ende 1996 beschäftigt	Ab 1997			
		dauerhaft beschäftigt	befristet beschäftigt	sozial verträglich ausgeschieden	arbeitslos
Berlin	463	13	182	-	258
Brandenburg	240	-	79	-	161
Sachsen	275	62	186	25	-
Thüringen	142	132	-	10	-
Sachsen-Anhalt	129	9	73	17	30
Mecklenburg-Vorpommern	83	17	50	14	-
Insgesamt	1332	233	570	66	449

Gut ein Drittel der Ende 1996 noch beschäftigten WIPianer ist arbeitslos geworden, 17,5% von ihnen haben eine Dauerbeschäftigung erlangt, 42,8% werden mit unterschiedlicher Befristung (zwischen einem halben Jahr und vier Jahren) weiterhin arbeiten können, und knapp 5% haben eine sozial verträgliche Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses erhalten (z. B. via Vorruhestandsregelung, die z. T. aber noch nicht in Kraft ist).

Wie man sieht, sind äußerst unterschiedliche Landesregelungen erreicht worden; insbesondere haben die Länder Sachsen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern die Arbeitslosigkeit für WIPianer vermieden, während Brandenburg 67%, Berlin 55,7% und Sachsen-Anhalt 23,3% ihrer WIPianer in die Arbeitslosigkeit entlassen haben. Thüringen darf für sich in Anspruch nehmen, als einziges Land die originäre WIP-Intention realisiert zu haben.

Wenn nun auch das WIP in der Tat unwiderruflich beendet ist, so kann man doch feststellen, daß die betroffenen Forscher in gut 60% aller Fälle wenigstens in befristeten Stellen weiter arbeiten können. Da die Situation von Land zu Land stark variiert, ist es nützlich, die Wissenschaftsaufwendungen der deutschen Länder pro Einwohner zu notieren. Das wird die unterschiedlichen Schwierigkeiten verdeutlichen, die jedes Bundesland im besonderen hat. Denn es ist klar, daß das teilweise Scheitern des WIP wesentlich mit der Haushaltskompetenz der Landtage zu tun hat, die über die Wissenschaftsfinanzierung entscheiden und zwar unabhängig von den Empfehlungen des Wissenschaftsrats, den Meinungen der zuständigen Bundesbeamten, auch von den Intentionen der Wissenschaftsminister der Länder. Für 1995 wird für die Bundesrepublik insgesamt die Nettogröße von 416 DM/Einwohner zur Unterhaltung von Wissenschaft und Forschung ausgewiesen. Die Länder, deren Ausgaben für Wissenschaft und Forschung seit 1991 doppelt so stark stiegen wie ihre Haushalte insgesamt – sie zahlten 1995 rd. 35 Mrd. DM, d. s. über zwei Drittel der öffentlichen Ausgaben für diesen Posten –, realisierten 1995 folgende Aufwände (in DM/Einwohner):

Berlin	945
Hamburg	709
Bremen	578
Thüringen	481
Sachsen	481
Baden-Württemberg	442
Bayern	428
Hessen	408

Schleswig-Holstein	392
Sachsen-Anhalt	392
Saarland	387
Mecklenburg-Vorpommern	384
Niedersachsen	341
Nordrhein-Westfalen	326
Rheinland-Pfalz	301
Brandenburg	265

Man muß demnach sagen, daß Berlin, das mehr als das Dreieinhalbfache des Aufwands von Brandenburg betreibt, mit Sicherheit auch größere Probleme in der weiteren Unterstützung von WIPianern als jedes andere betroffene Land hat. Umgekehrt ist es an sich schon erfreulich, daß Thüringen und Sachsen unter den deutschen Flächenländern im Wissenschaftsaufwand an der Spitze stehen. Um wieviel mehr muß man respektieren, daß gerade diese beiden Länder in der Arbeitsplatzbindung der WIPianer ebenfalls die Spitzenposition einnehmen. Sollte das etwas mit der entsprechenden Regierungspartei dieser Länder zu tun haben? Oder ist der genius loci noch virulent, der den Deutschen einst Luther, Leibniz, Fichte etc. etc. schenkte? Muß man Brandenburg, das dem preußischen Friedrich II. die gewünschte Ruhestätte gab, daran erinnern, daß der lebende Friedrich die Vertreter der französischen Hochaufklärung um sich – wenigstens zeitweise – zu versammeln wußte? Jedenfalls zeigen unsere Daten ohne Frage, daß Brandenburgs Wissenschaftspolitik das Schlußlicht in der Phalanx der Länder hält.

Wie dem auch immer sei, ein Drittel der WIPianer ist – um nicht *abgewickelt* zu sagen – arbeitslos geworden. Für die speziell, die diese nun mehr als 4,6 Millionen Deutschen, darunter 100.000 Wissenschaftlern und Ingenieuren, bekannte Erfahrung an der Berliner Humboldt-Universität gemacht haben, hat ihr Kanzler noch eine Zugabe (übrigens nicht nur für WIPianer, sondern für alle entsprechend Betroffenen) bereitgehalten, die wir dem Publikum nicht vorenthalten wollen. (Siehe S. 181)

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

DER KANZLER



Postfach 10 15 53, 10089 Berlin, Tel. (030) 2093-1100

Einschreiben/Rückschein!

Spätkosten

Geschäftsstellen: III A

Beauftragte: Herr Zöpfer

Zimmer: 3022

Telefax: (030) 2093-2122

Telefax: (030) 2093-2889

Datum: 11. Januar 1997

Sehr geehrter

die Kultusministerkonferenz hat aufgrund des § 37 des Einigungsvertrages festgelegt, daß bestimmte Hochschulabschlüsse aus der früheren DDR gegenüber den Hochschulabschlüssen aus den alten Bundesländern nicht gleichwertig, sondern lediglich niveaugleich sind. Ihr Abschluß als Dipl.-Philosoph gehört zu meinem Bedauern dazu

Leider ist es in der Vergangenheit bei Ihrer Einstellungs im Rahmen des Wissenschaftler-Integrations-Programms und bei der Prüfung des Bewährungsaufstiegs vernachlässigt worden, diese Gleichwertigkeitsprüfung vorzunehmen.

Das hat zur Folge, daß überprüft werden muß, ob Ihnen die bis zu Ihrem Ausscheiden am 31.12.1996 gewährte Vergütung nach Vgr. 1b zu Recht gezahlt wurde, da Sie möglicherweise irrtümlich zu hoch eingruppiert gewesen sind.

Ich bedauere, Ihnen dabei mitteilen zu müssen, daß vorsorglich im Rahmen der Ausschlußfrist des § 70 BAT-O bis zur Klärung die Ihnen in der Zeit vom 1.8. - 31.12.1996 ausbezahlte Vergütung insoweit unter den Vorbehalt der Rückforderung gestellt werden muß, als sie die Ihnen zustehende Vergütung übersteigt. Daher bin ich verpflichtet, zunächst die Auszahlung des Ihnen zustehenden Übergangsgeldes zu stornieren. Eine weitere Rückforderung bleibt vorbehalten.

Es wird geprüft, ob in Ihrem Fall eine Eingruppierung als sog. „sonstige/r Angestellte/r“, die/der aufgrund gleichwertiger Fähigkeiten und seiner/ihre Erfahrungen entsprechende Tätigkeiten ausübt, möglich ist. Hierzu wird sich die Personalabteilung ggf. mit Ihrem ehemaligen Institut in Verbindung setzen. Sobald die Prüfung abgeschlossen ist, erhalten Sie weitere Nachricht.

Mit freundlichen Grüßen

*Neumann*

Neumann

b.w.

Vorbereitung		Prüfung		Bearbeitung	
11-8 Rev	Frankfurt		101	101	Sollun Bau. 10
101	Kaufmann			101	101

Wie man sieht, ist die Klärung des Sortiments an Personen aus der abgetretenen DDR, die mit der Einheit nach Artikel 23 GG zu vollziehen war, sieben Jahre nach ihrer Realisierung noch immer nicht vollendet! Die WIPianer sind 1994 an den Universitäten ohne besondere Verlautbarung über die Konsequenzen des Artikels 37 des Einigungsvertrages nach der ge-

wöhnlichen BAT-O-Einstufung eingestellt worden. Jetzt, nachdem alles vorbei ist, fällt es einer Universitätsverwaltung ein, daß noch ein Sparvolumen unausgeschöpft ist. Die moralische Beurteilung dieses Vorgangs muß ich den Lesern überlassen. Aber zu seinen makabren Folgen gehört auch eine traurige Tatsache, die nicht verschwiegen bleiben darf, nämlich daß einer der WIP-Kollegen, Dr Günter Hartung, der sein Diplom von der Hochschule für Ökonomie Karlshorst erlangt hat, am 13. Januar 1997 verstarb und seine Frau eine Woche nach dem Tode ihres Mannes des Kanzlers Schreiben in ihren Händen hielt. Ich hoffe, daß Kanzler Neumann ohne Kenntnis dieser Konsequenz seines Tuns gewesen war. Man müßte sonst die bekannte Äußerung Max Liebermanns wiederholen. Von anderen Universitätskanzlern ist dergleichen – wenigstens bisher – nicht zu vermelden. Zur Zeit der Versammlung, von der ich hier berichte, hatten deren Teilnehmer allerdings noch keine Ahnung von der zügigen Ankunft der zitierten Morgengabe zum Antritt ihrer Arbeitslosigkeit. Sie hätten sich denn auch noch anders geäußert.<sup>12</sup>

Was sie äußerten, sei zum Abschluß wiedergegeben:

#### RESOLUTION

der wissenschaftspolitischen Tagung zum Wissenschaftler-Integrations-Programm (WIP)

Angesichts der gegenwärtigen Lage müssen wir feststellen, daß die zwischen den Regierungen von Bund und Ländern 1992 vereinbarte Integration von mehrfach evaluierten Wissenschaftlern aus Forschungs-Akademien der DDR endgültig zu scheitern droht. Denn vereinbarungsgemäß war mit diesem Integrationsprogramm die dauerhafte Eingliederung von Wissenschaftlern der Institute der ehemaligen Akademien an die Hochschulen der neuen Länder zu erreichen.

Damit sind 1380 mit dem Integrationsprogramm geförderte Personen ab dem 1. 1. 97 von Arbeitslosigkeit bedroht, was auch eine neuerliche Gefährdung des Wissenschaftspotentials in Deutschland bedeutet. Kein verantwortlicher Politiker sollte in diesem Zusammenhang das Ungeheuerliche übersehen, daß mit der Abwicklung von 83 % ihrer Beschäftigten die Wissenschaft stärker als jeder Hauptzweig der ehemaligen DDR-Volkswirtschaft betroffen worden ist.

---

<sup>12</sup> Wie ich am 18. Februar (also nach Redaktionsschluß) erfuhr, hat der Kanzler der Humboldt-Universität das „freudige Ereignis“ mitgeteilt, „daß am 7. Februar entschieden wurde, auf die Rückforderung zu verzichten. Damit ist das o. g. Schreiben gegenstandslos.“

*Wir fordern:*

Initiativen zur produktiven Nutzung des in den neuen Bundesländern brachliegenden Wissenschaftspotentials.

Die Erfüllung der Bund/Länder-Vereinbarung zum WIP durch die Länderregierungen.

Es geht um die Zuordnung zusätzlicher Stellen an Hochschulen oder anderen Forschungsinstituten für die WIPianer.

Berlin, 18. Oktober 1996

Die WIPianer von ihrer wissenschaftspolitischen Tagung